

1572/J XXI.GP

Eingelangt am: 24.11.2000

### Anfrage

der Abgeordneten Kubitschek und Genossen  
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit  
betreffend die EU - Regierungskonferenz und die WTO

Am 7. und 8. Dezember findet eine Regierungskonferenz der EU statt. Hauptthema der Konferenz wird die Institutionenreform der EU sein. Im Schatten der großen Problemstellungen die in diesem Zusammenhang zu verhandeln sein werden, wird auch über die weitere Einschränkung nationaler Handlungsspielräume in der Außenhandelspolitik entschieden werden (Art 133 EGV).

Konkret geht es darum, für den Bereich der Dienstleistungen und die Rechte des geistigen Eigentums vom Prinzip der Einstimmigkeit abzurücken und die qualifizierte Mehrheit einzuführen.

Tatsächlich bietet bereits die aktuelle Fassung des Artikels 133 Abs. 5 EGV eine Rechtsgrundlage für die Ausdehnung der Gemeinschaftskompetenz auf die Bereiche Dienstleistungen und Rechte des geistigen Eigentums, allerdings nur auf Basis eines einstimmigen Beschlusses des Rates.

Somit ist derzeit jedem Mitgliedsland das Mitspracherecht darüber gesichert, wie weit es bereit ist, in diesem Bereich auf seine Kompetenzen zugunsten der Gemeinschaft zu verzichten. Dieser Punkt ist deshalb so wichtig, als im Gegensatz zum Warenbereich, der (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Produkte) keine wesentlichen

Liberalisierungsmöglichkeiten mehr bietet, gerade im Dienstleistungsbereich maßgebliche Liberalisierungsschritte in der WTO in Verhandlung stehen, bei denen es um sehr essentielle Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten geht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende Anfrage:

1. In welcher Weise wird sich eine Einschränkung der nationalen Handlungsspielräume durch einen Übergang zur qualifizierten Mehrheit beim Handel mit Dienstleistungen sowie der geistigen Eigentumsrechte auswirken. Können Sie hierfür konkrete Beispiele anführen?

2. Welche Position nehmen Sie, Herr Minister Bartenstein, als ressortzuständiger Vertreter für Fragen der Außenhandelspolitik und damit federführendes Ressort zu der anstehenden Entscheidung auf EU - Ebene bzgl. eines Überganges zur qualifizierten Mehrheit in Angelegenheiten des Art 133 EGV ein?
3. Wie erfolgt die Abstimmung der österreichischen Position zwischen dem in dieser Frage federführenden Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten einerseits und dem mit der Vertretung der österreichischen Interessen auf europäischer Ebene befaßten Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten andererseits?
4. In welchen Dokumenten ist die österreichische Position zu dieser Frage festgeschrieben und somit nachlesbar?
5. Wurde die österreichische Position zur Frage der Übertragung von Kompetenzen im Bereich der Außenhandelspolitik auf europäische Ebene im Rahmen eines Ministerratsvortrages beschlossen?
6. Wurde die österreichische Position zur Frage der Übertragung von Kompetenzen im Bereich der Außenhandelspolitik auf europäischer Ebene im Rahmen des Hauptausschusses des Nationalrates beraten?
6. Aus unterschiedlichen Quellen ist zu entnehmen, daß Österreich als Gegner eines Überganges zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen bei Angelegenheiten des Art 133 - im Gegensatz zu Frankreich und Spanien - nicht wahrgenommen wird. Welche Aktivitäten haben Sie gesetzt, um zu gewährleisten, daß die Position des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten im Rahmen der EU - Verhandlungen mit entsprechendem Nachdruck seitens der österreichischen Vertreter eingebracht wird?
7. Frau Bundesministerin Ferrero - Waldner hat im Rahmen der parlamentarischen Ausschlußberatungen über das Budget festgehalten, daß es unterschiedliche inhaltliche Auffassungen zu der Frage der Übertragung von Kompetenzen im Bereich des Art 133 EGV zwischen dem BM für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem BM für auswärtige Angelegenheiten gibt. Sind Sie der Meinung, daß das mit der Vertretung nach außen befaßte Ressort auch die inhaltliche Positionierung der Fachressorts bestimmen sollte, wenn diese Positionen die europäische oder internationale Ebene betreffen?